

Ultraliberale Korrespondenz

Hat man aus dem Brexit etwas gelernt ?

Der Brexit hat einigen offenbar noch nicht gereicht. Schon steht die nächste Totengräberin Europas auf der Matte: Die Kommissarin Margrethe Vestager hat mit unglaublicher Instinkttlosigkeit Irland aufgefordert, von Apple 13.000.000.000 Euro Steuernachzahlung zu verlangen. Sie glaubt doch wohl nicht, dass Apple sich in Irland niedergelassen hat und immerhin der grösste Steuerzahler des Landes ist, weil es dort so schön grün ist, denn wenn es einer Firma auf eine zentral Verkehrslage in Europa ankommt, dann ist Frankfurt viel besser, und wenn es auf billige Arbeitskräfte ankommt, dann sicher Bangladesch oder billige Arbeitskräfte in LKW-Entfernung – Bulgarien oder wenn die Ehefrau vom Boss auch etwas mitbestimmen kann, dann wird sicher das Technologie-Gewerbegebiet Sophia-Antipolis bei Cannes oder Paris den Vorzug geniessen und wenn man für die Direktoren Sonne, Strände und erst noch niedrige Steuern will, dann sind die kanarischen Inseln erste Wahl. Was soll die verregnete Insel da entgegensetzen – wenn man ihr nun auch noch die Steuerprivilegien wegnehmen will. Da werden viele Iren dann vielleicht doch ihren Nachbarn - Grossbritannien – imitieren wollen, denn so grosse Nachteile, wie man heute voraussagt, wird der Brexit für Grossbritannien bestimmt nicht haben, dafür werden wahrscheinlich die Deutschen sorgen, trotz allem bestimmt immer noch das einflussreichste Land in der EU.

Denn in Deutschland gibt es drei Machtebenen: einmal die Kanzlerin oder dann - in einem Jahr – der Kanzler. Darüber stehen die 16 Ministerpräsidenten der Länder wenn sie sich einig sind. Aber noch mächtiger ist die Autoindustrie, von der jeder sechste Deutsche – direkt oder indirekt - lebt und die hat auch schon den sehr selbstsicheren Kanzler Schröder in seine Schranken gewiesen, als er beispielsweise in Brüssel zu grosse Konzessionen machen wollte. Die deutschen Automanager werden nicht zulassen, dass man ihnen in diesem wichtigen Absatzmarkt, wo sie auch noch Produktionsstätten haben, Schwierigkeiten macht.

Die einzig beste Lösung des Problems wäre – Frau Vestager zu feuern – am besten gleich zusammen mit dein paar tausend Euro-Sesselfurzern, die uns Europäern das Leben schwer machen und damit die Existenz unseres Landes - Europa – in Gefahr bringen. Und die Steuerentscheidung der Frau Vestager sollte sehr schnell zurückgenommen werden, ehe Firmen Irland verlassen oder garnicht erst dort investieren. Das wäre nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen sondern auch aus moralischen Gründen richtig, denn die Firma Apple würde das Geld wohl in technische Entwicklung investieren, die uns alle weiterbringt und nicht verplempern, wie die Regierungen Europas das mit einem Grossteil der Steuereinnahmen tun – zum Beispiel für Subventionen, Frühpensionierungen, Prestigebauten oder einem überbordenden Umweltschutz, Sport und Kultur. Im Gegensatz zu Apple ist Europa heute eine grosse Fortschrittsbremse. Man denke nur an die Verbote von Gentechnologie, von Fracking und an eine irrsinnige Flut von Gesetzen und Verordnungen.

Wer hat Malaysia-Airlines abgeschossen ?

Eine merkwürdige Diskussion.: Absichtlich wurde das Flugzeug bestimmt nicht abgeschossen. Keine der beiden Kriegsparteien hat dadurch einen Vorteil. Vielleicht macht sich das in der Presse nicht so gut, aber verantwortlich sind ganz klar

1. UkSATSE – Ukraine Air Traffic Control. Sie hätten keine Zivilflugzeuge durch Kriegsgebiete wo mit Raketen hantiert wird - fliegen lassen dürfen. 2. Die Direktion von Malaysia-Airlines. Selbst wenn es keine NOTAM von Kiev gegeben haben sollte, was auf die Gefahrenzone hinwies, so konnten sie doch zumindest Zeitung lesen. Und 3. Der Flugkapitän. Er ist letztlich für die Sicherheit verantwortlich und hatte doch wohl auch schon von dem Bürgerkrieg gehört. Nun, einige Fluglinien sind um die Kriegszone herumgefliegen und einige nicht. Merkwürdig – ich würde doch auch nicht schwarzgekleidet durch den Wald laufen, wenn da gerade eine Treibjagd stattfindet, auch wenn der Förster das nicht ausdrücklich verboten hat.

Ist eine Demokratie immer auch ein liberaler Rechtsstaat ?

Ja, das wäre ein schönes Ideal – auch meines. Aber ist das ist selten der Fall. Italien ist eine Demokratie und faktisch auch einigermassen liberal, aber nur sehr eingeschränkt ein Rechtsstaat. Meist werden Waren nur ausgeliefert, wenn gleich das Geld auf dem Tisch liegt, denn eine Klage würde Jahre dauern. Deutschland ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat, aber bestimmt nicht sehr liberal. Das Land leidet stark unter einer üblen Bevormundung durch eine schrecklich aufsässige und aufgeblasene Bürokratie, die alles und jedes regelt.

Noch weniger liberale Rechtsstaaten sind Russland und die Türkei. Aber es sind Demokratien. Man kann regelmässig unter verschiedenen Parteien wählen. In Russland würde ich die liberale Jobloko wählen. Diese Meinung teile ich aber nur mit 1,6 % der Russen. Dennoch finde ich, dass wir die Entscheidung der russischen und türkischen Bürger mehr respektieren sollten. Sie sind nicht alle dumm, verbohrt oder unorientiert, wie man es aus unseren Medien entnehmen kann. Es ging Ihnen einfach noch nie so gut

wie unter Putin und Erduan. Und unter dem Kommunismus oder unter den türkischen Militärregimen hatten sie wohl auch nicht mehr Freiheit als heute. Auch bin ich nicht sicher, ob man sehr viel rechtsstaatlicher gehandelt hätte, wenn z. B. Aufständige der französischen Luftwaffe das Obergeschoss des Elysée-Palastes zerschossen hätten oder Flugzeuge der Bundesluftwaffe die Kuppel des Reichstags.

Also etwas mehr Respekt sollten wir diesen gewählten Regierungen doch entgegenbringen. Dennoch sollten wir sie angemessen auch ruhig auf ihr Missstände hinweisen. Wir sollten diese Länder aber auch – wie die Länder der dritten Welt – ermuntern uns auf unsere Missstände aufmerksam zu machen:

Die Missstände in Westeuropa:

Ein guter Freund – der später ein bekannter deutscher Bundespolitiker wurde – sagte mir einmal in den fünfziger Jahren, dass man künftig erleben werde, dass kleine, aktive, radikale Minderheiten in sehr hohem Masse die Politik beeinflussen werden. Ich zweifelte damals daran, immerhin lebten wir in einer Demokratie. Aber wenn man heute sieht – wie Ökofaschisten und Sozialromantiker das öffentliche Leben beeinflussen und rechtsradikale Nationalisten den Bürgern mehr und mehr Angst machen, dann hat sich das mehr als bewahrheitet.

Die meisten Politiker sprechen nur noch mit der langue de bois (Holzzunge). Sie lassen sich alle Möglichkeiten offen weil sie Angst vor den radikalen Gruppen haben. Die Bürger spüren das und stimmen mehr und mehr für Leute, die deutlich ihre Meinung sagen – selbst wenn sie sie nicht teilen. Daher der Erfolg von Frauke Petri, Geerd Wilders, Marine le Pen, Bepe Grillo und Donald Trump. Um aus dieser für unsere Demokratien gefährlichen Lage heraus zu kommen gibt es nur den Weg der Volksabstimmungen nach Schweizer Muster. Der Schweizer Stimmbürger lässt sich von Interessengruppen nicht erpressen – mit Ausnahme von dem Bauernverband – und das auf grotesk üble Weise. Aber das ist die Ausnahme.

Mit freundlichen Grüßen *Klaus Schumann / Peter Paris*

Via Monte Grappa, 2 , I - 21010 Castelveccana (Varese/Italy)

Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS), Fax: (+39)0332 522 521

E-mail: klaus@euroschumann.eu